

Bezugspreis:

Einzelheft 20.- M., monatlich 60.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die begehrteste Nonpareille ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 29. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Eisenbahnerstreik im Westen.

Die Situation ist im Westen nach wie vor ernst. Die Lage wird durch das Verhalten des Reichsverkehrsministeriums verschärft...

Die Mitteilung bürgerlicher Blätter, daß der ADGB die Führung eines Streiks übernehmen wird, ist unzutreffend.

Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat heute vormittag zu der abtönenden Haltung des Reichskabinetts Stellung genommen...

Die übrigen Eisenbahnerorganisationen Berlins werden im Laufe des heutigen Abends zu der Situation Stellung nehmen.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter will heute Entscheidungen treffen.

fürchtet, aufflammt. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hat seine Unterbezirke angewiesen...

Verschärfung des Elberfelder Streiks.

Elberfeld, 29. Dez. (WZB.) Die streikenden Eisenbahner haben heute noch die Parole ausgegeben...

Die BS-Korrespondenz meldet aus Elberfeld: Der Zustand der Eisenbahnerarbeit, Rangierer, Schrankenwärter und eines Teiles der Zugführer hat seit gestern nachmittag eine Ausdehnung erfahren...

Die auf roboralem Boden stehenden Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes hätten gestern bereits mit den Führern einiger unionistischer Bergarbeiterverbände Fühlung genommen...

Köln, 29. Dezember. (U.) Die Folgen des Eisenbahnerstreiks im Direktionsbezirk Elberfeld machten sich hier dadurch bemerkbar...

Internationale Solidarität.

Von Paul Nathan.

Die Worte, die über diesem Artikel stehen, wurden vor dem Krieg häufig bei internationalen Veranstaltungen gebraucht.

Als dann der Weltkrieg mit seinen Fluten von Blut, Verwüstung und Haß über die europäische Erde dahingebrocht war, verstummten solche Töne...

Es wäre sehr leicht, sich satirisch und sich ironisch über die Friedensbewegungen zu äußern, und doch wäre ein solches Vorgehen gewiß ungerechtfertigt und schadenbringend.

Solche Behauptung konstatiert eine Tatsache: Sie stellt fest, was ist; sie übt keine abfällige Kritik, und sie soll nur den Zweck haben, Illusionen zu zerstreuen.

Nur wenn große, starke, gutorganisierte Parteien in den verschiedenen Ländern für den Friedensgedanken und für die Gedanken der Humanität mit höchstem Nachdruck eintreten...

Es ist nicht uninteressant, daß wir heute in ein Entwicklungsstadium getreten sind, in dem diese Erkenntnis langsam, recht langsam aufdämmert.

Die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Staaten waren nicht imstande, den Weltkrieg zu verhindern. Sie waren hierzu noch nicht stark genug...

Und nun ein neuer Vorgang von weittragender, von gewaltigster Bedeutung.

Die internationale Sozialdemokratie hat schon häufiger gegen den Frieden von Versailles protestiert, der ein Werk brutaler Machtpolitik, kein Werk ausgleichender internationaler Gerechtigkeit und einer Gesinnung ist...

Eines mußte hinzukommen. Diese Proteste mußten zugleich der Ausdruck einer realpolitischen Notwendigkeit sein, und diese Notwendigkeiten machen sich jetzt in einem Umfange bemerkbar...

Das wirtschaftliche Leben der zivilisierten Welt leidet außerordentlich und zwar sowohl in den Staaten der Besiegten wie in den Staaten der Sieger.

Deutschland soll in Rußland mittun.

Auf Reparationskonto ...!

Paris, 29. Dez. (WZB.) Ueber den Zweck der morgen beginnenden Beratung alliierter Sachverständiger aus Handel, Industrie und Finanzen schreibt der "Matin"...

Paris, 28. Dezember. (WZB.) „Journal des Debats“ erklärt, es könne nach Auskunft aus diplomatischen und offiziellen Kreisen befürchten, daß keine Konferenz zwischen Lloyd George und Brand mit Tschitscherin und Litwinow geplant sei.

Rußland dankt Hanson.

Moskau, 28. Dezember. (Antel.) Der Sowjetkongreß beschloß die Absendung folgender Adresse an Hanson: Der 9. Allrussische Sowjetkongreß drückt Ihnen im Namen der Millionen der arbeitenden Bevölkerung Russlands seinen tiefsten Dank aus für Ihre Bestrebungen...

Moskau, 29. Dezember. (Antel.) Gleichzeitig mit dem russisch-pollnischen Handelsabkommen wurde von der Vertretung der Sowjetregierung ein Abkommen mit dem italienischen Roten Kreuz abgeschlossen...

niken zu organisieren, 12 000 Erwachsene und 4600 Kinder zu versorgen.

Moskau, 28. Dezember. (Antel.) Der Sowjetkongreß hat die neue Wirtschaftspolitik gebilligt. Es sollen Maßnahmen zur Sanierung des Rubels getroffen werden.

Erfolge der „Parteilosen“.

Reval, 28. Dezember. (WZB.) In einer Reihe von Ortschaften fanden vor kurzem „Kreissowjetkongresse“ statt. Einige von diesen Kongressen sind ziemlich stürmisch verlaufen...

Die neue U-Bootgefahr.

Französische Bedrohung Englands.

Washington, 29. Dezember. (Havas.) Nachdem Sartout die Erklärung betreffend die Haltung Frankreichs in der U-Bootfrage abgegeben hatte, dankte Staatssekretär Hughes Frankreich, daß es bezüglich der Großkampfschiffe Opfer auf sich genommen habe.

Französische Munition für die Türken. In Konstantinopel beschlagnahmten britische Kontrollbeamte 200 Tonnen Munition, die für Kemal Pascha bestimmt waren...

Steigender Kurs.

Heute fanden an der Berliner Börse in fast allen Devisen recht bemerkenswerte Käufe einiger Groß-Bankfirmen statt. Der Kurs des Dollars setzte mit 182 ein und stieg im weiteren Verlaufe ungefähr auf 184.

wieder des Wortes von der Solidarität der Kulturenationen, freilich nicht aus humanitären Erwägungen heraus, sondern diesmal heraus aus sehr realen und praktischen Erwägungen des Wirtschaftslebens.

Eine schwere wirtschaftliche Krise mit riesiger Arbeitslosigkeit sucht England heim. Eine schwere Krise auf wirtschaftlichem Gebiet haben die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Staatshaushalt Frankreichs ist in sehr ernsten Nöten. Deutschland ist finanzpolitisch in furchtbarer Bedrängnis; Italien leidet; Oesterreich ist zusammengebrochen; die kleineren östlichen Staaten, allen voran Polen, stehen in verschiedener Abstufung vor dem Zusammenbruch, und Russland ist auf dem Gebiet der Wirtschaft ein Chaos. Das ist das Ergebnis des Weltkrieges, der von 1914 bis 1918 gedauert hat, und der durch Friedensverträge beendet wurde, die das Blutvergießen großem Stills zum Abschluß brachten, und die die wirtschaftliche Genesung Europas nicht nur nicht anbahnten, sondern zu einer Unmöglichkeit machten.

Es erscheint sehr wohl denkbar, daß auch diesmal bei den neuen internationalen Verhandlungen eine radikale Kur gegen die Uebel, die die Welt bedrücken, nicht zur Anwendung gelangen wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein neuer fauler Ausgleich zwischen Frankreich und England zustande kommt, und daß die wohlbestallten politischen Ärzte am Krankenbett der zivilisierten Welt sich nochmals als Kurpfuscher erweisen werden. Allein die Natur läßt sich nicht vergewaltigen. Nach neuen Leiden wird dann die Welt schließlich doch einen Schritt weiter kommen, und man wird zur Vermeidung von Friedensverträgen gelangen, die von der modernen Weltorganisation nicht zu ertragen sind. Das moderne Leben wird sich als stärker erweisen, als jene Staatsmänner, die heute noch die Geschichte der Welt leiten.

Das Wort von der „Solidarität der Nationen“, das sicherlich häufiger über die Lippen von Lloyd George und Briand gekommen, ist nämlich in Wirklichkeit keine bedeutungslose Phrase, sondern eine leibhaftige Realität.

In einer Vergangenheit ohne entwickeltes Wirtschaftsleben mit geringem internationalen Verkehr konnte ein Volk das andere ausplündern, und das ausgeplünderte flechte zumindestens zeitweise dahin, und das Siegende war wenigstens zunächst bereichert. Heute ist die zivilisierte Welt eine Einheit, mag sie vorübergehend auch zerrissen sein durch Kriege. Sie ist eine wirtschaftliche Einheit; sie ist in gewissem Umfange auf dem Gebiete der Moral eine Einheit, und sie ist vor allem eine wirtschaftliche Einheit. Denn jeder Teil der zivilisierten Welt ist immer für jeden anderen Teil der zivilisierten Welt zugleich Käufer und Verkäufer.

Die Franzosen und die Engländer und die anderen können an ein ruiniertes Deutschland, können an ein ruiniertes Russland, können an ein ruiniertes Zentral- und Osteuropa keine Waren absetzen. Diese riesigen ruinierten Gebiete hören zum überwiegenden Teile oder ganz auf, Abnehmer für die Waren des Westens zu sein, und wenn man sie zwingt, an den Westen zu zahlen, so können sie Riesenbeträge nur in Waren zahlen, und wenn diese Riesenmassen von Waren nach dem Westen strömen, so erdrücken diese Waren die Produktion des Westens; sie schaffen dort Arbeitslosigkeit; sie ruinieren die Industrie dort, und statt daß der gewonnene Krieg die Westmächte bereichert, stürzt er die Westmächte in Arbeitslosigkeit und treibt auch sie einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegen.

Diese banale Wahrheit dämmert heute in der zivilisierten Welt auf. Daß sie im Augenblick schon zum vollen Durchbruch kommt, ist kaum zu hoffen.

Die Worte „internationale Solidarität“ sind nicht nur ein hübsches Wortgewinnel, verwendbar bei Toasten, und aus mehr oder weniger harmlosem Anlaß vom Stapel zu lassen; — sie bedeuten eine Richtlinie, die, wenn sie verlassen wird, schweres Unglück den zivilisierten Nationen unserer Zeit bringen muß.

**Ermäßigtes Porto mit der Tschechoslowakei.** Da die Nachfolgestaaten auf der Konferenz von Porto Riko vereinbart haben, untereinander die Postpostvereinsätze auf drei Viertel zu ermäßigen, tritt dies am 1. Januar auch für den Verkehr zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in Kraft. Also: Drei Viertel der Auslandsgebühren!

## Theodor Storm als Gatte.

Briefe Theodor Storms, die in das Innerste seines Wesens und in bisher noch vielfach verhällte Einzelheiten seines Ehelebens hineinleuchten, werden von Elise Brenke in „Westermanns Monatsheften“ mitgeteilt. Die Briefe sind gerichtet an Familien, mit denen Storm während seines Aufenthaltes in dem Städtchen Heiligenstadt in nahe Beziehungen getreten war. Nachdem er nach der Vaterstadt Husum zurückgekehrt war, blieb er in schriftlichem Verkehr mit den Freunden, und so hat er ihnen am 21. Mai 1865 den Tod seiner geliebten Constanze in einem erschütternden Schreiben mitgeteilt. „Lieben Freunde, Ramachen, Lantchen, Paul und Märchen“, heißt es da, „ich hatte diese Zeit abgewartet, um an alle meine Freunde draußen im Reich recht ausführlich und heitere Briefe zu schreiben; denn die Geburt unseres liebsten Kindes sollte im Anfang dieses schönen Frühlingsmonats eintreffen, und Ihr wißt, daß Constanze und ich, als wir noch beisammen waren, unser Päckchen, wenn es auch immer schwerer wurde, doch mit ziemlich leichtem Mute trugen. Beisammen waren, sage ich; denn Constanze ist nicht mehr. Nachdem sie am 4. Mai in ziemlich leichter Geburt einer Tochter das Leben gegeben, ist sie gestern morgen, früh gegen 6 Uhr, nach schwerem Kampfe dem hier epidemisch auftretenden Kindbettfieber erlegen; sie starb, ihre Hand in der meinen, doch hat sie uns in den letzten sechs Stunden wohl nicht mehr gekannt; nur der Körper kämpfte seinen Kampf mechanisch noch zu Ende; zuletzt wurde das schwere Stöhnen lauter wie Bliesgetöse; dann ging eine eigentümliche Streckung über ihr Gesicht, ein sanfter blauer Glanz flog durch das gekrümmte Auge; und dann war sie tot, ich hatte sie verloren.“

Ein Jahr danach unterrichtet Storm dann die Freunde über seine neue Ehe, und es ist von höchstem Interesse zu sehen, wie er diesen „Wind, der anfangs so mancher Mißdeutung ausgelegt war, in feinfühligster Form begründet. „Endlich muß doch ein Wort von mir über das Gesprochene werden.“ Schreibt er am 14. Juli 1866, „was Ihr schon anderweit wohl erfahren habt; jümt mir nicht, daß ich so lange geschwiegen; es mußte erst alles klar und fertig sein, wie es jetzt ist. Sie, liebe Frau Anna, sagten damals zu mir: eine Constanze finden Sie doch nicht wieder. Ich war damals schon im Begriff, Ihnen zu sagen, daß noch eine lebe, die einst die erschütterndste Leidenschaft in mein Leben gebracht, die seit ihrer Kindheit — das ist buchstäblich — nur mich geliebt, die mit Constanze sich in meine Poesie teilt, und von der jetzt jeder — ohne diese Dinge zu ahnen — sagt, daß ich die Tote durch diese Wahl geehrt. Constanze selbst wußte alles dies, und sie dachte immer darauf, die kleine Do solle zu uns kommen und mit uns leben bis zu Ende. Zu dem Ende hatte sie vor zwei Jahren vierher eingeladen; aber die kleine Do vermochte es noch nicht, und Dange nahm sie an ihr Herz und sagte, wir müssen Geduld haben; später wird es schon

## Denunziant Eberlein.

Als der „Vorwärts“ das Zeitungs-Material veröffentlichte, hat die „Rote Fahne“ über „Denunziation“ gehandelt, obwohl wir nichts brachten als ein Material, das sich bereits seit mehreren Monaten in den Händen des Oberreichsanwalts befand. Jetzt zeigt sich, daß es bei der ganzen Sache nur einen Denunzianten gibt — Hugo Eberlein. In der Erklärung der 128 Protestler der SPD. war u. a. folgendes gesagt:

Die von der Zentrale der Partei gegenüber eingeschlagene Verfolgungspolitik muß zwangsmäßig dazu führen, daß die Verantwortlichen sich von der Anklage der Anstiftung reinzuwaschen versuchen und damit die in den Justizhäusern sitzenden oder inzwischen schon befreiten Arbeiter belassen.

Dieser Sach war wohl mit ein Anlaß, daß Friesland, Malzahn und Braß wegen „verleumderischer Behauptungen“ gemahngelt wurden. Raum aber ist diese Mahngelung ausgesprochen, da erweist sich bereits die volle Richtigkeit der Vorauslage. Um sich herauszureden und reinzuwaschen beginnt nämlich jetzt Hugo Eberlein in der „Roten Fahne“ die anderen zu denunzieren. Nicht er habe zu Sprengungen aufgefördert, sondern die anderen von der „Allegale“ hätten das getan. Und um diese Behauptung recht glaubhaft zu machen, liefert Eberlein dem Staatsanwalt Material, veröffentlicht er Dinge, die bis heute noch kein Staatsanwalt in Deutschland wußte. Man höre Eberlein selber:

Als von der Verhinderung der Waffenzufuhr aus dem Lager in Boelen gesprochen wurde, da stellte ich dann heraus, daß seit 1919 das Lager geräumt war. Es sind in diesen Besprechungen Dutzende von weiteren Vorschlägen und Anregungen gemacht worden, die nicht weiter verfolgt wurden, da die politische Leitung die ganze „Allegale“ nicht ernst nahm. Das habe auch ich trotz aller Entrüstung den Genossen deutlich gesagt, daß ihre „Allegale“ ein Dreß sei, sie mit tausend Plänen um sich wärmen, in Wirklichkeit aber nicht mal ein Stück Fäulnis nur besäßen. In den Berichten ist weiter kein Wort über die vielen durch uns verhinderten Sprengungen gesagt. Als z. B. der Vorschlag gemacht wurde, in Teutschenthal eine Schule zu Sprengen, hat die Bezirksleitung ausdrücklich dies verboten und verlangt, daß die Soldaten auf keinen Fall provoziert werden dürfen, daß die Arbeiter vielmehr versuchen müssen, sich freundschaftlich mit ihnen zu verständigen.

Als uns zu Ohren kam, daß Arbeiter in Schornowk beabsichtigten, Sprengungen am Elektrizitätswerk vorzunehmen, haben wir sofort einen Genossen dorthin geschickt, der dies unter allen Umständen verhindern sollte, und als im Chemnitzer Bezirk eine Förderanlage zerstört werden sollte, ist auf unsere Veranlassung mit den schärfsten Mitteln gegen diese Absicht vorgegangen.

Nicht anders sieht es mit der Sprengung der Produktions-Genossenschaft in Halle. Ein solcher Vorschlag wurde gemacht, niemand nahm ihn ernst. Als wir am anderen Tage doch von der Absicht einer ernstlichen Sprengung hörten, haben wir sofort — Bawitzki schreibt es selbst in seinem Bericht — durch die Bezirksleitung die Sprengung verboten. Und als vier Tage später von Genossen, die unserer Partei nicht angehören, auf diese Anregung zurückgegriffen wurde, hat wiederum der Bezirkssekretär sich sehr heftig dagegen gewandt. An dem dann doch vorgenommenen Versuch war kein Mitglied unserer Partei beteiligt.

Widerwärtiger hat sich wohl noch kein politischer Führer enthielt. Das Verhalten der Jagow, Wangenheim und Schiele auf der Anklagebank verhält sich gegen die Denunziationswut Eberleins, noch eher die Anklagebank betreten hat. „Lieber Staatsanwalt“, ruft Eberlein, „damit Du siehst, was ich für ein hochanständiger Kerl bin, will ich Dir erst mal verzeihen, was die anderen gar alles haben Sprengen wollen.“ Und nun geht's los: Hintereinander werden die Arbeiter in Teutschenthal, Schornowk, Chemnitz usw. von Eberlein denunziert. Mögen sie alle ins Justizhaus wandern, wenn nur Ehren-Eberlein freikommt! Die „Freiheit“ schreibt heute:

Herr Eberlein zog aus, um zu „enthüllen“. Er enthüllt sich in Wirklichkeit selbst, und zwar dergestalt, daß er allen denjenigen, die es noch nicht wußten, kund und zu wissen tut, daß es nicht nur

gehen. Sie, Constanze, äußerte auch einmal vor Jahren, da wir noch froh und gesund waren, im Fall ihres Todes müßte ich doch wohl Do heiraten; ihr würde sie die Kinder am liebsten anvertrauen; und die Kinder, große wie kleine, haben die Mitteilung, daß ich sie auf ihrer Mutter Platz führen würde, mit der innigsten Zustimmung aufgenommen. Ihre Schwester ist die Frau meines Bruders Johannes, und sie war längst die geliebte „Tante Do“ der Kinder, das bleibt sie auch; der Muttername wird unserer geliebten Toten nicht geraubt. Und so wolle sie denn unter uns wie ein kleiner guter Hausgeist, der Sauberkeit, Ordnung und freundliche Kindergefühler um sich her verbreitet. Und ich lebe noch einmal eingebüllt in die Liebe einer süßen, milden, mir grenzenlos hingeebenen Frauenseele. Eine Constanze finde ich zwar nicht wieder; jeder, der etwas im Leben bedeutet, ist individuell unersetzlich; wie es auch die kleine Do gewesen sein würde, wäre sie zuerst in mein Leben getreten. Ich fühle das auch; denn, obgleich die tödliche Leidenschaft, die einst meine schönsten Lieber herdoorgerufen, mich noch einmal gepackt hat, so lebe ich doch in dem steten Gefühl der Vergänglichkeit.“

Die Juden in der Karikatur. Edward Fuchs veröffentlicht eben (im Münchner Verlag Albert Langen) ein neues karikaturgeschichtliches Buch, das den Juden in der Karikatur gewidmet ist. Ein reiches Material, das Fuchs als Sammler zusammengebracht hat, wird da ausgebreitet, vom Mittelalter bis zu den Satiren unserer Tage. Fuchs schildert die Rolle der Juden in der Geschichte und ihren Anteil am Aufbau der europäischen Kultur, um zu begründen, warum sie als Träger des Kapitalismus von Anfang an gehaßt und im Zerspielte angesehen werden. Jede Karikatur auf sie, so schreibt er, ist tatsächlich stets eine Anklage gegen sie. Dieser Grundton des Antijüdischen herrscht derartig vor, daß die sachliche Form, in die die Karikatur die Dinge und Personen kleidet, hier viel weniger und weniger als sonst vernehmbar wirkt. Auch der genialste Karikaturist sieht immer nur mit den Augen seiner Zeit und speizt den jeweiligen Grad der Einsicht in die Zusammenhänge der Dinge. Die Einsicht in die ungeheure Bedeutung des Judentums für den Gesamtkomplex unserer kapitalistischen Kultur ist aber erst ein ganz modernes Resultat der wissenschaftlichen Forschung. Es ergab den Juden in der öffentlichen Beurteilung ungefähr so wie dem Regenwurm im Vergleich zum Löwen. Ueber den Regenwurm hat man niemals ein verkäufliches Heldenepos geschrieben, wohl aber dünkelt über den Löwen, ebensolch dieser an der menschlichen Kultur keinerlei imperierendes Verdienste hat. Um so größere aber der Regenwurm, der der stete Regenerator der fruchttragenden Ackererde ist. Der Regenwurm hat aber keine Wähe und brüllt nicht. Nun, der kleine Schächerleude brüllt auch nicht, er maukelt nur und ohrt, wie er macht sein Geschäft.

Dodurch erklärt Fuchs, daß in früherer Zeit keine die historische Rolle der Juden erklärenden Karikaturen entstanden sind. Sie alle sehen nur, was ihrer Zeit verwerflich und verabscheuenswürdig an den Juden vorkam. Und das war eben die Tatsache,

ein Mann ist ohne politisches Verantwortlichkeitsgefühl, sondern auch ein Mann, dem der Mut fehlt, zu seinen eigenen Taten zu stehen. Wer auf andere mit den Fingern zeigt, um sich selbst rein zu waschen, ist alles andere, nur kein politischer Führer.

Wir würde uns diesem Urteil anschließen, wenn es nicht im Grunde viel zu milde wäre.

## Ein unterschlagener Protest.

Als der „Vorwärts“ das Zeitungs-Material veröffentlichte, suchte sich die „Rote Fahne“ zunächst dadurch aus ihrer Verlegenheit zu ziehen, daß sie die Verfasser der bei Klara Zeitlin gefundenen Berichte, Lemka, Bawitzki usw. als Spitzel verdächtige. Inzwischen ist Lemka, wie wir meldeten, in Berlin verhaftet worden. Aus dem Untersuchungsgefängnis hat er durch seinen Rechtsanwalt versucht, den nachstehenden Protest an die „Rote Fahne“ gelangen zu lassen:

Freitag, den 9. Dezember 1921.

An die Redaktion der „Roten Fahne“.

In der Nr. 561 der „Roten Fahne“ vom 8. Dezember wird über meine Verhaftung eine Darstellung gegeben, die geeignet ist, mich den Parteigenossen gegenüber als Spitzel hinzustellen. Die Redaktion der „Roten Fahne“ weiß ganz genau, daß ich seit 9 Monaten von der Polizei gesucht wurde. Sie ist weiter genau darüber orientiert, daß ich niemals in der Wohnung meiner Frau postisch angemeldet war. Wider besseres Wissen behauptet das nun die „Rote Fahne“ und sagt weiter wörtlich: „Diese Tatsache ist bezeichnend für die Art und Weise, in der der neue Kommunistenprozeß eingeleitet wird.“

Gerade dieser letzte Satz soll nun die Meinung erwecken, als ob ich mich mit stillschweigender Genehmigung der Polizei in der Wohnung meiner Frau ausgehalten habe und erst jetzt auf Grund der Veröffentlichung der Berichte im „Vorwärts“ festgenommen sei. Das bedeutet, daß ich als Spitzel tätig gewesen sei und daß auf diese Art und Weise die Voraussetzungen für den neuen Kommunistenprozeß geschaffen werden sollen.

Ich protestiere auf das entschiedenste gegen diese verlogene Darstellung der „Roten Fahne“, an der auch die angebliche Berichtigung in Nr. 562 der „Roten Fahne“, die erst auf ausdrückliches Verlangen meiner Frau, nachdem dieselbe darauf hingewiesen hat, daß sie sich bei einer erst. Ablehnung an eine andere Arbeiterzeitung wenden wird, nichts ändert.

Gemäß § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um sofortige Berichtigung.

Mit Parteigrüß

gez. Alfred Lemka,

zurzeit in Untersuchungshaft.

Dieser Protest ist bis heute von der „Roten Fahne“ nicht veröffentlicht worden. Offenbar fürchtet die Redaktion, daß ihre Methode, die von der kommunistischen Zentrale ins Unglück gestürzten Partisanen hinterher obendrein als Spitzel zu verdächtigen, bei ihren eigenen Lesern stärkste Entrüstung erwecken würde, falls sie diesen bekant wird. Wir besorgen daher an Stelle der „Roten Fahne“ das Verfaßte, wie wir auch bereits den Protest von Ferrn-Hering gegen Eberleins Verdächtigung gebracht haben, den gleichfalls die „Rote Fahne“ bis heute ihren Lesern verschweig.

## Die Kokslieferung.

Paris, 29. Dezember. (EP.) Die Reparationskommission hat die Besprechung der deutschen Kokslieferungen auf morgen, Freitag, verschoben, um in der Zwischenzeit neue Aufklärungen von ihrem Vertreter in Essen zu verlangen. Die Kommission will von der deutschen Regierung die Zusicherung erhalten, daß die Kokslieferungen sich in den nächsten Tagen auf 17 000 Tonnen täglich belaufen werden. Es sollen Mittel und Wege gefunden werden, um eine Wiederholung der Unregelmäßigkeiten künftighin zu vermeiden, weil dadurch in den letzten Tagen mehrere Hochöfen in Lothringen und Luxemburg zum Stillstand gebracht und erhebliche Arbeitslosigkeit verursacht wurde.

Das Moskauer Künstlertheater steht in der Königsgräber Straße sein Gastspiel fort — aber es ist weniger eine europäische Angelegenheit, wie sein erstes Auftreten in Deutschland, als eine russische. Denn Berlin ist heute eine russische Großstadt, und seine Bewohner sind in der Lage, tagtäglich das nicht gerade billige Theater zu füllen. Für die deutsche Kritik kann es sich nur noch darum handeln, Ausschau nach russischen Dramen zu halten, die uns etwas Besonderes zu sagen haben. Der Versuch, Szenen aus Dostojewskis „Nefenepos der Karamasows“ auf die Bühne zu bringen, hatte großes schau-spielerisches und psychologisches Interesse. Die Gernanowa, die inzwischen leider erkrankt ist, zeigte (als Gruschenko) ihre große, feisvolle Kunst von neuen Seiten, und unter den männlichen Partnern hob sich fast ebenbürtig W. A. Katschalow hervor.

Am Mittwoch wurde ein neues Stück geboten, das Gelegenheit gab, andere Schauspieler in den Vordergrund zu rücken. Surtgutschew, eine Art provincial-russischer Subermann, gibt in seinen „Herbstgeigen“, dem in allen Literaturen behandelten Thema von der alternden Frau, die vom Geliebten Abschied nimmt, eine spezifisch russische sentimentale und stimmungsvolle Note. Sie verheiratet ihre Tochter, um den durch einen pseudonymen Brief erregten Verdacht ihres Gatten zu zerstreuen, mit dem Hausfreunde, und erlebt nun das Erwachen einer neuen Leidenschaft in dem jungen Paare. Ihr Kampf um die Resignation ist der Inhalt des Dramas, das im übrigen interessantes russisches Milieu zeigt. Frau Knipper-Tschekowa offenbart sich in der Rolle als intelligente Gestalterin. Ihre Ausdrucksvorgänge sind nicht gerade stark. Sehr frisch und frisch jugendlich war die Tochter der Drowa, von jovialer Bornehmtheit Massalitinow als Gatte. Regie und Ausstattung bewiesen höchste Sorgfalt.

Korolenko gestorben. Wie die Wochenschrift ukrainische Sowjet-Rossien meldet, ist in Poltawa am 25. Dezember einer der größten und ältesten russischen Schriftsteller, Wladimir Korolenko gestorben. Korolenko ist weltberühmt nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als langjähriger Freiheitskämpfer zu Zeiten des Zarismus. Korolenko gehörte zum antibolschewistischen Lager. (Wir werden auf seine Bedeutung zurückkommen, falls sich die Nachricht bestätigen sollte.)

Spielplanänderungen. Ansolge von Erkrankungen muß am Donnerstag im Großen Schauspielhaus Böhmers „Dantons Tod“ ausfallen. Abonnementsbesitzer können umtauscht werden. Am Freitag im Theater wird von Donnerstag an allabendlich „Die große Stadt“ und „Der Schiler“ aufgeführt.

## Fischers Auftrag für Paris.

Die Nachricht, daß der Staatssekretär Fischer den Auftrag habe, der Reparationskommission in Paris Vorschläge der deutschen Regierung über die Mittel zur Bezahlung der am 15. Januar und am 15. Februar fälligen Entschädigungsraten zu unterbreiten, wird vom „Tag“ dahin kommentiert, daß augenscheinlich „ein neuer Umfall der Regierung“ bevorstehe. Bisher habe die Regierung auf dem Standpunkt gestanden, daß sie die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Tribute nicht entrichten könne und habe einen Eingriff in die letzten kümmerlichen Reste unseres Goldbestandes unter dem Hinweis auf die unübersehbaren Folgen für den deutschen Wechselkurs zurückgewiesen. Der „Tag“ glaubt aus der oben wiedergegebenen Nachricht schließen zu müssen, daß „die Regierung wieder schwankend werde“ und droht ihr für diesen Fall mit seinem Zorn.

Diese Stellungnahme des „Tag“ ist ein Beweis dafür, daß man auf der Rechten die Politik der Regierung noch immer nicht versteht oder nicht verstehen will. Man stellt sich dort die Sache so vor, als ob die Regierung nach anfänglicher Erfüllung dazu übergegangen sei, gegen die Forderungen der Alliierten Widerstand zu leisten, und als ob sie nunmehr verpflichtet wäre, diesen Widerstand ohne Rücksicht auf die Konsequenzen bis zum äußersten fortzusetzen. Eine so törichte Politik treibt die Regierung aber nicht und wird sie niemals treiben, solange Sozialdemokraten in ihr sitzen.

Die deutsche Regierung denkt nicht daran, sich der übernommenen Verpflichtungen durch einen Gewaltstreik zu entledigen. Sie sieht sich nur im Augenblick trotz ihres besten Willens außerstande, sie reiflos zu erfüllen, darum bietet sie Teilzahlungen an und will die weitere Regelung zum Gegenstand von Verhandlungen machen. In diesen Verhandlungen soll festgestellt werden, wieviel und wie Deutschland in der nächsten Zeit leisten kann, ohne daß für seine Wirtschaft und infolgedessen für die gesamte Weltwirtschaft die schlimmsten Folgen eintreten. Es ist durchaus möglich, daß diese Verhandlungen ein Ergebnis haben werden, das uns als falsch und für alle nachteilig erscheint, aber daß die deutsche Regierung die Absicht hätte, einem solchen Ergebnis die weitere Ausführung zu verweigern, kann aus ihrer bisherigen Haltung unmöglich geschlossen werden. Die Welt hat gesehen, daß ihre fränke Wirtschaft durch ein Diktat der Gläubiger nicht zu heilen ist; daraus folgt aber nicht, daß an seine Stelle das Diktat des Schuldners treten müsse. Gangbar ist nur der Weg der Verhandlungen; sein Ziel ist eine Vereinbarung aus gemeinsamer Einsicht. Wird dieses Ziel diesmal noch nicht erreicht, so darf die deutsche Politik nicht aufhören, es mit Geduld weiter zu verfolgen; nur wenn sie das nicht läßt, sondern zu Methoden des starren Widerstands übergeht, wie sie von den Rechtsparteien empfohlen werden, erst dann könnte im Ernst von einem Aufgeben der bisherigen Politik, einem „Umfall“ die Rede sein.

## Oedenburg an Ungarn.

Wien, 29. Dezember. (W.B.) Die Postkongressen billigte die Vorschläge des Ausschusses der Generäle zur Übergabe des Oedenburger Gebiets an Ungarn am 1. Januar.

Das Landgebiet hatte trotz allem Schwindel und Terror mit Ehrlichkeit für Deutschland gestimmt.

## Die ungarische Amnestie.

Unsere Zweifel an der Selbstlosigkeit der sonderbaren Geste der Hortihy-Regierung, die ihr Führer Beihlsen mit der Notwendigkeit begründet hat, die Spannung zwischen Arbeiterchaft und „Bürgertum“ zu beseitigen, erfahren eine Bestätigung durch folgende Aeußerung der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die das Intellektuelle heute übermittelte:

Graf Beihlsen kündigte an, daß sich die ungarische Sozialdemokratie von nun an der Aufgabe widmen werde, ihre internationalen Verbindungen in den Dienst des ein wenig mitgenannten Rufes Hortihy-Ungarns zu stellen. Jetzt ist kein Zweifel mehr möglich: Karl Payer, der allerdings schon einmal Hortihy-Minister war, vertritt in einer ungarischen Provinzzeitung die Meinung, daß sich die Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie an die sozialistischen Parteien der Nachfolgestaaten und an die Labour Party wenden würde, um ihre Unterstützung in dem Kampfe gegen die Reparationsforderungen zu erwirken. Wie aus Budapest berichtet wird, stößt diese Schwelung auf den Widerstand der Arbeiter, die es als eine Schmach empfinden, der Regierung des weißen Schreckens, aus welchen Gründen auch immer, Gehör zu erweisen.

Die Reparationsforderungen an das feine Kohle und Erze bereaubte Kleinungarn brücken natürlich auf die Arbeiter schwer, aber — Hortihy bleibt eben Hortihy. Das beweist auch eine geheime Dienstaufweisung an die Gendarmen, die in der Nationalversammlung verlesen und von keiner Seite bestritten wurde. In ihr wird befohlen:

In der letzten bei dem Distriktskommando abgehaltenen Konferenz wurde einstimmig zugestimmt, daß die öffentliche Sicherheit ohne Täuschungen nicht gewährleistet werden kann. Der Distriktskommandant wie ich selbst sind der Ansicht, daß die Täuschungen fast ausnahmslos von den betreffenden Zivilpersonen verursacht werden, die meistens durch ihre unerschämte, herausfordernde Verhalten dazu Anlaß geben. Dieser Umstand wie die verflochtenen Revolutionen lassen ein rücksichtsloses Vorgehen der Gendarmepatrullen gegenüber den Personen, die die öffentliche Sicherheit stören, nicht zu. Doch ist jede rohe und unbegründete Täuschung, sofern sie aus Luft an Gewalttätigkeiten erfolgt, verboten. Die Untergeordneten sind anzuweisen, daß, falls sie sich in unerschämter Weise aufstrebenden Personen gegenüber zu Täuschungen hinreichend lassen, dies in einer Weise tun sollen, daß kein zureichendes Mißtrauen aufgenommen werden könne, das heißt, sie dürfen keine körperliche Verletzung herbeiführen, und dies keinesfalls vor zehn Zeugen, sondern unter vier Augen tun. Sofern ein Gendarm nicht in solcher Weise täuschlich sein kann, daß dies nicht nachweisbar sein soll, so verdient er die Strafe. Ich wiederhole: man hat sich roher Täuschungen zu enthalten, obgleich ein, zwei Offizieren milder verurteilt werden können, weil nur auf diese Weise das Ansehen der Gendarmen zurückgewonnen werden kann.

So sieht das „neue“ Regime aus!

Der künftige Sejm. Professor Buzs? hat auf Grund statistischen Materials die künftige Zusammenlegung des neu zu wählenden polnischen Parlaments berechnet, wobei er eine Abgeordnetenzahl von 299 zugrunde legte. Der Nationalität nach dürften im künftigen Sejm die Deutschen 14, die Juden 18, die Ukrainer 80, die Weiskruken 8, die Polen 107 Sitze erhalten. — Ob diese Berechnung nicht vor der Kleinheit der polnischen Weiskruken bange machen und auf Aenderung des Wahlsystems hinwirken soll?

## Die Saarregierung in Nöten.

Saarbrücken, 29. Dezember. (W.B.) Um den Eindruck der Genfer Saardelegation abzuschwächen, hat die Regierungskommission die Memoranden dieser Delegation mit Begleitschreiben versehen, worin sie sich über systematische Entstellung ihrer guten Absichten und unheimliche Ausbeutung der Unzufriedenheit zu politischen Zwecken beklagt, was die Autorität der Regierungskommission systematisch untergrabe. Sogar an die auf die wirtschaftliche und politische Struktur des Saargebietes bezüglichen Bestimmungen des Alliiertenvertrages hätten sich Redner oder Journalisten erstmals herangewagt. Seit ihrem Antritt habe sich die Regierungskommission keiner so kritischen Lage gegenübergesehen wie seit einigen Wochen. — Bekanntlich steht auf der Tagesordnung der nächsten Völkerbundversammlung im Januar auch die Neuwahl der Mitglieder der Regierungskommission. Es erhält sich das Gerücht, Frankreich wolle den Präsidenten Kaut durch einen anderen französischen Vertreter ersetzen.

## Italien und Südslawien.

Der Konflikt von Sebenico scheint größere Bedeutung anzunehmen. Es ist zu bedenken, daß die Hafenstädte Dalmatiens größtenteils von Italienern bewohnt sind und Italien in Versailles die Ostküste der Adria vergeblich gefordert hatte.

Südslawisches Militär hat in Sebenico die wichtigsten Punkte besetzt. Der italienische Konsul hat sich auf ein italienisches Kriegsschiff begeben. In der kroatischen Hauptstadt Zadar demonstrierten Studenten wegen der von Italienern vorgenommenen Verhaftungen. Die adriatische Jugend hielt eine große Protestversammlung gegen die von den Italienern in Dalmatien vorgenommenen Verhaftungen ab und veranstaltete sodann vor dem italienischen Konsulat eine große italienfeindliche Kundgebung. Der italienische Gesandte in Belgrad hat dem Ministerpräsidenten wegen der Vorfälle in Sebenico eine Protestnote überreicht. Der Ministerrat hat beschlossen, einen Beamten zu entsenden, der die Vorfälle untersuchen soll. Weitere italienische Kriegsschiffe sollen in den Gewässern von Sebenico und Spalato angekommen sein.

Wegen der neuen Einfälle der Albanier in die von der Balkankonferenz festgesetzte neutrale Zone hat die Belgrader Regierung vom Obersten Rat verlangt, daß die neutrale Zone unbedingt sofort aufgehoben werde, da sie den Albanern nur als Stützpunkt für neue Einfälle diene.

## Groß-Berlin

### Die Welt im Kleinen.

Man kennt das Silbersternerglänzen des Strigglens und erfreut sich an den Figuren, die man erhält und in deren Deutung man seinen Geist offenbaren kann. Aber jetzt kommt wieder aus Japan ein noch amüsanteres Spiel — man kannte es hier bereits vor dem Kriege —, das uns gestattet, in einer Wajschüssel Menschen, Tiere, Pflanzen, Schiffe und noch vieles andere heranzugaubern — gewissermaßen eine Weltkapsel im Kleinen. Mit jener Handfertigkeit, die die Japaner auszeichnet, haben sie die Aufgabe gelöst: sie präsentieren uns kreisrunde Plättchen, die wie ein Durchschnitt durch eine Mohrrübe rote oder durch einen Kalmusstiel grüne Farbe zeigen, und ferner dünne Stäbchen ohne besondere Färbung.

Man wirft diese kleinen großengroßen Plättchen und nagelangen Stäbchen in das Wasser, und siehe da: die runde Platte löst sich auf, sie entrollt sich, und allmählich sieht man eine blühende Pflanze mit grünem Stengel und roten Blumen entstehen, die ordentlich plastisch rund an dem Stengel sitzen. Oder es entrollt sich ein Hausboot, das wie die Arche Noah einfach, aber solide gebaut ist. Und aus den Stäbchen entwickelt sich ein Mann oder ein Fisch oder ein sonstiges Wesen der Tier- und Pflanzenwelt. Zum Schluß schwimmt der Faden fort, der die kleine Scheibe umspannen hat, und man kann den geschaffenen Gegenstand aus dem Wasser nehmen und trocknen. Geht man behutsam dabei zu Werke, so bleiben die roten Blumen haften und bricht das Holz (I) der Arche Noah nicht entzwei: Augenscheinlich benutzen die Japaner zu der Herstellung schiffartige Stoffe, die im Wasser aufquellen. Aber zu bewundern ist, wie sie auf dem winzig kleinen Raum eine Fülle von charakteristischen Details anbringen können und mit welcher feinem künstlerischen Gefühl sie Form und Farbe beherrschen.

Wenn das deutsche Spielzeug die Welt sich erobert hat, so ist ihm doch in der japanischen Spielzeugindustrie ein scharfer Konkurrent entstanden. In einem Lande, das die quadratmetergroßen Zwerggärten mit Wasserfall und Wald herorgezaubert hat, das aus Chrysanthenen ganze Menschengruppen und Bergzüge zusammensetzt, ist eine solche Erfindung wie die geschriebene begrifflich. Wir wissen nicht, ob sie schon den Weg in unsere Läden gefunden hat, jedenfalls ist sie ein Spielzeug, an dem auch der Erwachsene seine Freude hat und das sich vorteilhaft abhebt von den vielen plumpen Erzeugnissen, mit denen uns die Scherzartikelindustrie versorgt.

## Neue Tarifierhöhungen der Stadt?

Die Teuerungswelle fordert ihre Opfer nicht nur von jedem privaten Geldbeutel, sondern auch von den Betrieben der Städte, der Staaten und des Reiches. In Berlin beschäftigt sich die bürgerliche Presse mit der Frage, wie der Magistrat die infolge der neuen Mehraufgabe noch schwebenden riesigen Beträge durch neue Mehreinnahmen decken will. Sie weist hier auf das Beispiel neuer Tarifierhöhungen für die Betriebe der Stadt, auf neue Steigerungen der Preise von Gas, Elektrizität und Straßenbahnfahrten. Genannt werden als künftige Preise, die beabsichtigt seien: 3 M. für ein Kubikmeter Gas, 6 M. für eine Kilowattstunde elektrischen Stromes, 2 M. für eine Straßenbahnfahrt. Gegenüber dem angeblich bestehenden Plan, den Straßenbahnfahrpreis noch vor dem 1. Februar schon wieder zu erhöhen, tut der „Kotanziger“, wie wenn die Begründung mit den immer weiter steigenden Materialpreisen nicht glaubhaft sei. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt zum soundsoviellen Male, daß die kommunalwirtschaftlichen Werke nicht wirtschaftlich genug arbeiten“ und fügt hinzu: „Die Stadtverordnetenversammlung wird, wie man anzunehmen darf, das Hauptgewicht diesmal auf eine gründliche Reform der städtischen Werke legen.“ Das klingt wie eine Anspielung auf die in letzter Zeit mehrfach erörterte Idee bürgerlicher Kreise, an den Betrieben der Stadt Berlin wieder das Privatkapital zu beteiligen. Die notgedrungen immer wiederholte Steigerung der Tarife für die Betriebe der Stadt wird, wie man sieht, von den Gegnern der Kommunalisierung tüchtig ausgehöhlt. Gleichzeitig wird übrigens angekündigt, daß auch Stadtbahn, Hochbahn und Omnibus wieder den Tarif erhöhen werden. Hochbahn und Omnibus sind ja wohl — Privatbetriebe.

## Einer der Polizeidefraudanten verhaftet.

### Der Haupttäter über die Grenze geflüchtet.

Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, den flüchtigen Unterwachtmeister Willi Fehner in Köpenick zu verhaften. Die Festnahme ist der Schwester Fehners zu verdanken. In der Lindenstraße zu Köpenick wohnt die Mutter Fehners. Diese erhielt ebenso wie ihre Schwester von dem flüchtigen eine Postkarte von der Peterbaude im Riesengebirge. Nach deren Inhalt hatte Fehner die Absicht, mit Zibler vom Riesengebirge aus Verwandte in Grünberg in Schlesien zu besuchen. Die Schwester fuhr nun sofort dorthin, um die beiden zu erwarten und versuchte ihren Bruder und Zibler zu bewegen, mit ihr nach Berlin zu fahren und sich selbst der Kriminalpolizei zu stellen. Zibler lehnte das jedoch ab und erklärte, daß er sich eher aufhängen werde. Fehner folgte dem Vorschlage der Schwester und fuhr mit ihr zunächst nach Rödperd. Hier hatte die Kriminalpolizei sofort die Wohnung der Mutter unter Beobachtung gestellt. Als nun der flüchtige mit seiner Schwester in der vergangenen Nacht ankam, wurde er verhaftet und nach Berlin gebracht. Heute früh wurde er vom Kriminalkommissar Dr. Grünberg und Kriminalassistent Bendler eingehend verhört. Auch die Schwester wurde gleich vernommen. Fehner legte sofort ein Geständnis ab. Er lernte Zibler vor einiger Zeit kennen, verkehrte seitdem viel mit ihm, wunderte sich wiederholt über seine großen Geldeinnahmen, wurde aber über den Erwerb des Geldes von ihm zunächst im unklaren gehalten. Erst später weichte ihn Zibler ein und unterrichtete ihn dann nach und nach genauer über seine Veruntreuungen und seine Pläne. Am Donnerstag voriger Woche suchte Zibler seinen Freund auf und veranlaßte ihn, sich gleich fertig zu machen und mit ihm zu fliehen. Die beiden begaben sich alsbald nach dem Bahnhof und fuhren nach dem Riesengebirge. Zibler trennte sich in Grünberg von seinem Freunde und dessen Schwester und hat wahrscheinlich den Weg nach der Grenze eingeschlagen. Fehner erhielt von Zibler 110 000 M., die er zum größten Teil noch bei sich hatte.

## Gasvergiftung einer ganzen Familie.

Opfer einer Gasvergiftung sind der 26 Jahre alte Postbote Richard Biegle aus der Philippstraße 6, seine Ehefrau Martha und das erst ein halbes Jahr alte Söhnchen Friedrich geworden. Alle drei wurden gestern in der mit Gas angefüllten Wohnung tot aufgefunden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Wiezle lag auf dem Fußboden, seine Frau im Bett und das Söhnchen im Kinderbett. Der Hahn der Gaslampe stand auf. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt Fahrlässigkeit vor. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht.

## 42 822 Handwerksbetriebe in Groß-Berlin.

Die Handwerkskammer zu Berlin hat die Veranlagung der Handwerksbetriebe zu den Kosten der Handwerkskammer für das Rechnungsjahr 1921/22 durchgeführt. Es haben sich dabei in Groß-Berlin insgesamt 42 822 Handwerksbetriebe ergeben, die ein Gewerbesteuervermögen von 2 963 107 und für die Kammer ein Beitragsvermögen von 2 222 330 Mark aufweisen. Mehr als die Hälfte der Handwerksbetriebe entfällt auf Alt-Berlin. Die Verwaltungsbezirke 1—6 zählen 23 091 veranlagte Betriebe; ferner weisen an Handwerksbetrieben auf: Charlottenburg 2260, Spandau 1025, Wilmersdorf 1419, Zehlendorf 264, Schöneberg 2945, Steglitz 1281, Tempelhof 742, Neutamm 2834, Treptow 862, Köpenick 769, Lichterfeld 1094, Weiskruken 581, Pankow 945 und Reinickendorf 859. Auf den zum Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin gleichfalls gehörenden Regierungsbezirk Potsdam entfallen 13 290 Handwerksbetriebe mit einem Gewerbesteuervermögen von 308 494 M. und einem Beitragsvermögen von 295 120 M. Insgesamt unterliegen der Handwerkskammer zu Berlin 56 112 Handwerksbetriebe mit einem Beitragsvermögen von 2 517 450 M., was gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 852 516 M. bedeutet.

## Jahreswendefeier der Arbeiterjugend.

Die Arbeiterjugend will den Tag der Jahreswende festlich begehen. Der Gesamtverein veranstaltet am 1. Januar 1922 im „Böhmischen Brauhaus“, Landsberger Allee 11/13, eine Feier, die die Jugend in allen Teilen selbst bestreiten wird. Die Feiern unserer Jugend haben immer alt und jung zusammengeführt und neue Brücken des gegenseitigen Vertrauens geschlossen. Darum ist es eigentlich selbstverständlich, daß auch diesmal die Parteigenossen bei der Veranstaltung ihrer Jungen und Mädchen Gast sein müssen. Dennoch ergeht diese besondere Einladung, weil die Jugend mit ihrer Jahreswendefeier mehr will als ein fröhliches Beisammensein auf einige Stunden. An der Spitze des neuen Jahres will sie allen Kämpfern des Sozialismus neuen Glauben und neue Zuversicht in die Herzen pflanzen.

## Die neue Postordnung.

Mit den neuen Postgebühren, die zum 1. Januar l. J. in Kraft treten werden, gelangt auch eine neue Postordnung zur Einführung, die gegen die bisherige, im Juli 1917 eingeführte Postordnung eine Reihe von wichtigen Änderungen enthält. Die neue Postordnung tritt an die Stelle der drei bisherigen Ordnungen gleicher Art, die bisher für das Deutsche Reich, für Bayern und für Württemberg galten, und die durch die neue Postordnung für das Deutsche Reich ihre Gültigkeit mit dem 31. Dezember verlieren. — Für das Inkrafttreten der neuen Postgebühren ist bestimmt worden, daß die in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar nach 12 Uhr ausgelieferten Sendungen den neuen Gebührenhöhen unterliegen. Sämtliche Hausbriefkästen der Postämter, sowie die Bahnbriefkästen sollen, soweit hierzu Kräfte im Dienste verfügbar sind, um 12 Uhr nachts außergewöhnlich geleert werden. Für die gemischlichen Straßenbriefkästen, die um Mitternacht in der Jahresnacht nicht geleert werden können, gilt als Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Gebührenhöhe die Stunde der letzten Leerung am 31. Dezember. Sendungen, die am 1. Januar bei den Postämtern auch durch die Straßenbriefkästen mit der ersten Leerung eingehen, gelten als unzureichend freigemacht, wenn die Frankierung noch nach den alten, bisher geltenden Sätzen erfolgt ist.

Achtung, Danziger! Das Polizeipräsidium bringt in Erinnerung, daß die Optionsfrist für alle Personen über 18 Jahre, die als Angehörige der Freien Stadt Danzig die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben, am 10. Januar 1922 abläuft. Für Groß-Berlin nehmen die Polizeidirektoren, in denen der Optant wohnt, die Erklärung bzw. Verzichtserklärung entgegen. Wer hier optieren will, muß im Besitz eines vom Danziger Senat, Abteilung des Innern, ausgefüllten Optionsberechtigungsscheines sein. Nähere Auskunft erteilt auf telefonische Anfrage die Pressestelle, Polizeipräsidium, Hausanschl. 71.

Jordauerer Sturm in der Elbmündung. Aus Cuxhaven wird gemeldet: Der aussehende Schiffsverkehr kommt nicht wieder richtig in Gang. Raum sind die Dampfer, die tagelang in der Elbmündung gestrandet haben, in einer Sturmpause ausgelassen, da jetzt schon ein neuer schwerer Sturm aus Westen ein, der einen Teil dieser Dampfer zur schleunigen Rückkehr zwingt. Seit gestern herrscht wieder im ganzen Gebiet der Elbmündung und draußen auf See ein stürmischer Südwestwind, wodurch der ganze aussehende Schiffsverkehr stillgelegt wird.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Klarlich mild, zeitweise heiter, jedoch abendlich bewölkt, mit mäßigen Niederschlägen und frischen westlichen Winden.

